INFO

UNDOGMATISCHE LINKE - HAMBURG

NR. 3/1974 3. SEPT. DM 0.80

INHALT: NOCH MAL ZUM INFO - MIETERBEWEGUNG IN HARBURG - SSG-VERANSTALTUNG ZU PETER SCHNEIDERS "LENZ" - REFERATE, REFERATE, REFERATE ... - KRITIK AM FOLTER-KOMITEE - GRÜNER JUNI - VERSCHIEDENES

NOCH MAL ZUM INFO

Nachdem wir eine längere Zeit nichts mehr von uns hören ließen, weil ein größerer Teil der Genossen des INFO-Kollektivs Urlaub gemacht hat, liegt jetzt hier die 3.INFO-Nummer vor, der in einer Woche auch die Nr. 4 folgen wird.
Wir wollen an dieser Stelle - wie in der letzten Nummer angekündigt - kurz versuchen, auf das einzugehen, was wir bisher von verschiedenen Genossen zur Kritik des INFOS gehört haben und dann kurz darstellen, welche Erfahrungen wir selbst bisher mit dem INFO gemacht haben.

Von einigen Genossen haben wir gehört, sie wüssten nicht, wer eigentlich hinter dem INFO steht und demzufolge auch nicht, wie sie sich selbst dazu verhalten sollen. Diese Genossen hatten den Eindruck, als würde ihnen hier in unvermittelter Weise etwas von oben vorgesetzt.
Dazu ist folgendes zu sagen:
Wir haben bewußt, als wir die ersten INFOS machten, nicht zuerst eine Versammlung oder etwas ähnliches einberufen, um dort über den Plan, ein solches INFO zu machen, zu diskutieren, weil wir befürchtet haben, daß diese Initiative dann nur zerredet werden würde. Wir wollten erst einmal ein oder zwei Nummern machen, um dann aufgrund der konkreten Vorlagen sinnvolle Diskussionen über Sinn und Beschränktheit des INFOS diskutieren zu können.
Das INFO ist nicht das Organ irgendeiner Organisation, oder das Organ der undogmatischen linken Gruppen hier in Hamburg, weil die undogmatische Linke hier noch viel zu unstabil ist, als das sie in der Lage wäre, ein Organ der arbeitenden Gruppen zu machen.
Das INFO wird gemacht von einer kleinen Gruppe von Genossen (am Anfang waren es nur zwei, jetzt sind es fünf), die versuchen, einen Beitrag zur Überwindung der Zersplitterung der nichtdogmatischen Linken hier in Hamburg zu leisten, indem sie das INFO als Instrument allen Gruppen und Genossen zur Verfügung zu stellen, die sich um eine praktische Alternative zur ML und zu den Revis bemühen.
Richtig an der Kritik ist aber,

daß wir uns zu sehr abgekapselt haben, daß wir den Genossen zu wenig Möglichkeit geboten haben, sich am INFO zu beteiligen. Wir werden deshalb ab der nächsten Nummer die Termine unserer Redaktionssitzungen veröffentlichen, um allen undogmatischen Gruppen, die sich am INFO beteiligen oder beteiligen wollen, die Teilnahme zu ermöglichen.

Kritik ist auch am Preis von 0,80 DM laut geworden. Dazu lässt sich kurz folgendes sagen: Da wir das INFO bisher nur in Hamburg verkauft haben, und die Auflage deshalb relativ gering ist (500), sind die Druckkosten pro Exemplar natürlich entsprechend hoch. Sie liegen bei 0,60 DM. Wer die miese finanzielle Lage der linken Buchhandlungen kennt, wird wissen, daß die 20 Pf., die die Buchhandlungen einstreichen, wirklich nicht zuviel sind. Das wird sich erst ändern, wenn die Auflage des INFOS steigt. Wir versuchen gegenwärtig den Vertrieb auch auf andere Städte auszudehnen. Ob die Zahl der verkauften Exemplare auch in Hamburg steigt, das, Genossen, wird nicht zuletzt auch von euch abhängen. Es wäre z.B. gut, wenn ihr andere Leute, die das INFO noch nicht kennen, darauf hinweisen würdet.

Noch etwas zu unseren eigenen Erwartungen.
Wie ihr wisst, haben wir mit der Herausgabe des INFOS nicht die Absicht, linken Journalismus zu praktizieren, sondern wir wollen den Gruppen und Genossen der undogmatischen Linken in Hamburg ein Instrument zur Verfügung stellen, das die in Hamburg vorherrschende Desorganisation und Isolation abzubauen hilft.
Zwar haben die meisten Genossen das als richtig und positiv empfunden, aber viele begnügen sich in ihren Aktivitäten gegenwärtig noch mit einem wohlwollenden Schulterklopfen. So sind auch die meisten Beiträge, die in den ersten vier Nummern erschienen sind oder noch erscheinen werden, nur deshalb veröffentlich worden, weil wir von uns aus initiativ geworden sind und die Leute angesprochen haben.
Wir haben uns das jedoch eigentlich so vorgestellt, daß die Sache andersrum läuft, daß die Gruppen und Genossen, wenn sie Aktionen machen, oder ihre Erfahrungen aufarbeiten, diese auch automatisch über das INFO sozialisieren.
Wir hoffen, daß sich ein solches Verhalten in Zukunft stärker einspielen wird, daß mehr Genossen die Bedeutung, die das INFO für die gemeinsame politische Arbeit haben kann, erkennen.

WIR WOLLEN ALLES!!!

MIETERBEWEGUNG IN HARBURG

1. Einleitung: Aufgefordert durch das Info haben wir uns entschlossen, unsere Erfahrung in der Harburger Mieterbewegung darzustellen. Der äußere Ablauf ist z.T. schon in Info Nr. 2 und in einer Dokumentation aufgeführt. ("Berichte der Mieterinitiativen in Hamburg", siehe auch "Mieterbewegung in Hamburg" in:"Wir wollen alles" Nr.9) Für unseren Artikel wollen wir besonders das Ende der Bewegung und die Gründe dafür untersuchen (besser gesagt, das Ende unseres Eingreifens und das Ende des akuten Konflikts). Der nachfolgende Beitrag ist nur von einem Teil der aktiven Genossen geschrieben worden, weil die Stadtteilgruppe in ihrer früheren Form nicht mehr besteht.

2. Die Mieter und der Mieterrat: die Mieterbewegung wurde ausgelöst durch die Modernisierung der SAGA-Sozialwohnungen und den dafür geforderten 1,80 DM/qm Mieterhöhung am Hastedtplatz / Steinickestraße. Einige Bewohner sammelten dagegen Unterschriften und schickten einen Bericht an die MoPo. Späterwurden dann auch ähnliche Mieterhöhungen für den Mopsberg (3 Straßenzüge) und für die Gazertstraße verlangt. Außerdem war ein Jahr vorher für den Bereich Thörlweg/Thörlstr./ Denickestraße die Miete ebenfalls nach Modernisierung drastisch erhöht worden.

Damit ist schon ein wichtiger Spaltungsgrund unter den Mietern benannt: die Ungleichzeitigkeit der Modernisierung in den verschiedenen Straßen, ihre räumliche Trennung und verschieden hohe Mietaufschläge, die zuletzt pro Wohnung in derselben Straße zwischen 1,40 und 1,70 pro qm lagen.
Außerdem ist die materielle Lage der einzelnen Mieter unterschiedlich: Rentner, die z.T. hoffen, die Miete durch mehr Wohngeld aufzufangen; mittlere Angestellte; sogenannte Doppelverdiener (Mann und Frau gehen arbeiten) ;"Bessergestellte", die soviel verdienen, daß sie garnicht in Sozialwohnungen wohnen dürften (z.B. Lehrer); schließlich Angelernte und Facharbeiter als größte Gruppe.

Entsprechend dieser inhaltlichen Differenzen sind dann auch die vorgeschlagenen Aktionsformen unterschiedlich radikal: individuell Beschwerdebreife schreiben, oder sich an die Institutionen wenden (Parteien, Mieterbund...) oder die Sache selbst in die Hand nehmen.

Der Mieterrat vereinigte denn auch v.a. die entschlosseneren und aktiveren Mieter. Aber durch das Delegationsprinzip war immer die Möglichkeit gegeben, daß die Mieter dem Mieterrat alle Aktivitäten überließen.

Solange die Auseinandersetzung noch offen war (bis zum endgültigen Zahlungsbescheid der SAGA an die Mieter), solange war die Empörung weit verbreitet, der(verbale) Protest

SAGA-Mieter in Harburg: „Es geht nicht um Kostenrechnungen, es geht darum, ob wir die Mieten noch bezahlen können."

Alle entwickeln aufgrund dieser unterschiedlichen Ausgangslage auch verschiedne politische Positionen: z.B. "die Renovierungen müssen besser ausgeführt werden", oder "wir haben für höchstens 1,25 DM/qm unterschrieben und dabei bleibt es", oder "uns interessieren die Bilanzen der SAGA überhaupt nicht, sondern ob wir die Mieten bezahlen können oder nicht."

groß und die Bewegung nahm zu. Außerdem würden erste Verhandlungserfolge erzielt: die SAGA mußte die Mieterhöhung um drei Monate verschieben, den Mietaufschlag um etwa 30 Pf. pro qm senken und die heftigen Beanstandungen an der mangelhaften Instandsetzung der Wohnungen berücksichtigen. In der Presse konnten die

Mieter relativ positiv über sich lesen. Die entscheidende Frage war dann, als die Rechnungen auf den Tisch flatterten, wie ein richtiger Mietstreik durchzuführen war.

Hier fehlte die Kontrolle der Bewegung über sich selbst: außer der Angst vorm Auffallen oder der Kündigung wußten die wenigsten genau, ob nun der andere wirklich mitmacht, ob er also überhaupt nichts bezahlt, oder wenigstens nur die 1,25 DM mehr, oder ob er klein bei gibt.

Zur Frage des Mietstreiks oder auch eines gemeinsamen Sperrkontos hatte sich bis dahin keine Einigung unter den Mietern erzielen lassen. Den angesteuerten Kompromiß von 1,25 DM/qm Mieterhöhung hätte dann jeder allein für seine Wohnung extra ausrechnen müssen, je nach Wohnfläche, ganz individuell.

Dazu kamen organisatorische Schwächen: z.B. hätte außer durch Flugblätter jeder der 500 Mieter wirklich einzeln "beharkt" werden müssen; das ging praktisch über die Kräfte der Aktiveren. Dann gab es in jedem Haus irgendwie Resignation "man kann ja doch nichts machen", "kapitalistische Logik", "wir bezahlen, schließlich haben wir auch dafür bessere Wohnungen gekriegt". Und nicht zuletzt gab es unter den einzelnen Mietern unbegründete oder begründete Animositäten.

Die SAGA bekam natürlich aufgrund ihrer Kontoauszüge den schnellsten Überblick. Zudem waren die Mieterräte der verschiedenen Straßen schlecht aufeinander abgestimmt, v.a. wegen der unterschiedlichen Ausgangsbedingungen und des augenblicklichen Mobilisierungsgrades.

500 Mieter im offenen Kampf mit der SAGA

Es geht um die Renovierungskosten am Hastedtplatz in Harburg

Von Ernst-Gerhardt Scholz

Hamburg — In Harburg haben rund 500 Mieter der städtischen Wohnungsbaugesellschaft SAGA den offenen Kampf angesagt. Der Grund: Die nach Modernisierungsarbeiten geforderten höheren Mieten. Mieter-Sprecher Günther Gentsch: „Statt 300 Mark sollte ich plötzlich 480 Mark zahlen."

Anfang 1971 hatten die Mieter um den Hastedtplatz in der Harburger Innenstadt ein Schreiben der SAGA unterzeichnet und sich mit dem Einbau von Zentralheizungen, neuen Badewannen und Küchen einverstanden erklärt. Voraussichtliche Mietanhebung: 1,25 Mark pro Quadratmeter.

Nach Abschluß der Arbeiten kam die Überraschung: Gestiegene Preise und höhere Kapitalzinsen, so die SAGA, machten Mieterhöhungen um durchschnittlich zwei Mark erforderlich. Die empörten Mieter schlossen sich zu einer Initiative zusammen.

Auf ihrer Versammlung stellte sich die SAGA den Mietern. Sie sei bereit, durch den verstärkten Einsatz von Eigengeldern die hoch verzinsten Hypotheken zum Teil abzulösen. Somit käme man auf eine Erhöhung von „nur" 1,50 Mark.

Die Mieterversammlung quittierte diesen Vorschlag mit Ablehnung: „Wir haben bei 1,25 Mark unterschrieben. Mehr zahlen wir nicht." Es fielen harte Worte. Der SAGA-Vorschlag, sich alle Bilanzen und Kostenrechnungen anzusehen, wurde vom Tisch gewischt: „Bilanzen interessieren nicht. Uns interessiert, ob wir diese Mieten zahlen können oder nicht!"

Die SAGA-Vertreter mußten den Vorwurf hören, daß sie „ganz schön mit der Bauindustrie an einem Strang ziehen". Pressechef Ferdinand Gatermann konterte: „Wir kämpfen um jede Mark. Schließlich geht es um einen sozialen Wohnungsbau."

Nach zwei Stunden hitziger Diskussion schickte man die SAGA-Leute vor die Tür: „Es ist wohl nicht mehr nötig, daß sie noch hierbleiben." Mit Flugblättern gingen die Mieter an die Öffentlichkeit: „Wir zahlen nur die alte Miete weiter!" Als nächstes sollen sich die Harburger Kommunalpolitiker den harten Fragen der Mieter stellen

SAGA-Sprecher Gatermann zur MORGENPOST: „Ich sehe keine Möglichkeit, daß wir weiter heruntergehen können."

Hamburger MORGENPOST 12.11.73

Schließlich zeigte es sich, daß nur wenige Mieter so eigeninitiativ und mutig waren, die Miete oder auch einen Teil davon zu verweigern.

Viele zahlten "mit Vorbehalt" die neue Miete, was natürlich ziemlich witzlos war.

So konnte die SAGA jede Gruppe getrennt einladen und einwickeln. Immer wieder spielte sie ihre Hinhaltetaktik aus: sie schickte Leute, die sich als nicht kompetent bezeichneten und an denen die Empörung der Mieter verpuffte.

Nach der Bürgerschftswahl im März 74 war der"öffentliche Druck" auf die SAGA geringer geworden , die entschlosseneren Mieter wurden durch Mahnbriefe unter starken Druck gesetzt.

Es zeigte sich, daß die meisten Mieter abwarteten (aber zahlten!), die Protestversammlungen dünnten aus, ein Teil des Mieterrates reagierte nur noch legalistisch und bürokratisch: mit Anschluß an die Neue Mietergemeinschaft, was sich im konkreten Fall als eher formale Alternative zu wirklichem Widerstand erwies - und mit Einschaltung eines Rechtsanwaltes, zunächst für einen Musterprozeß gedacht, zuletzt dann nur noch kläglich als "Bilanzenprüfer" bei der SAGA angestellt, den diese aus taktischen Gründen auch noch selbst bezahlen wollte, was der Bewegung den letzten Wind aus den Segeln nahm.

---

3. Wir , die Stadtteilgruppe: damals, im September 73 erfuhren wir von dem Konflikt aus der Zeitung. Wir besuchten die Mieter, diskutierten lange und intensiv mit Einzelnen, machten lange Hausbesuche und konnten so dazu beitragen, den Konflikt auszuweiten und mehr Mieter zu mobilisieren.
Unsere Funktion bestand zum Einen inhaltlich in der Unterstützung der Mieter, die von den eigenen Bedürfnissen nach billigen und guten Wohnungen, dem kritischen Vergleich Lohn zu Miete und den in 40 Jahren angehäuften Mieten her argumentierten, und die sich für eine Selbstorganisation einsetzten.

HAN, 15.1.74

Kampf gegen die Mieterhöhung mit der SAGA geht weiter

Harburger Mieter wollen Klärung – Ein Brief: Wir sind für Sie da

es. Immer weniger Respekt vor den „allgewaltigen" Wohnungsbaugesellschaften und immer mehr Solidarität beweisen Mieter, die sich in ihren Sozialwohnungen schlicht betrogen fühlen. Und so ruft auch die jüngste Mietergemeinschaft in Harburg zum „Kampf" gegen die „SAGA", die für „Modernisierungsarbeiten" den Mietpreis um 1,50 DM pro Quadratmeter heraufgesetzt hat.

In bisher drei Briefen, teilweise recht eindringlichen, haben Mieter aus der Denicke-, Gazert- und Thörlstraße sowie dem Thörlweg Einspruch eingelegt gegen die Mieterhöhungen. Die SAGA wurde von der Bildung einer Mietergemeinschaft unterrichtet, die sich zur Aufgabe stellte, die Mieterhöhung von 1,50 DM auf 1,25 DM zu drücken.

Pegründet wird diese Forderung damit, daß die SAGA am Hastedtplatz von der ursprünglichen Forderung von 1,80 auf 1,50 DM Erhöhung pro Quadratmeterpreis „herunterging". Die Arbeiten am Hastedtplatz wurden jedoch erst ein Jahr später vorgenommen und waren somit teurer als die Modernisierung der Wohnungen der jetzt protestierenden Mieter.

Die Mietergemeinschaft empört: „Außerdem muß festgestellt werden, daß von Modernisierung nur in bestimmten Wohnungen gesprochen werden kann, meist handelte es sich bei den Arbeiten nur um Instandsetzungen. So wurden uns zum Beispiel Vollbäder versprochen, die jedoch nur einem Teil der Mieter eingebaut wurden."

Bereits hier liegt ein Fehler, den die SAGA begangen hat. Sie hat für Wohnungen mit Duschbädern den gleichen Preis gefordert, wie für solche mit Vollbädern. Gesetzlich geregelt ist jedoch, den Quadratmeterpreis um 55 Pfennige niedriger zu halten als in Wohnungen mit Vollbad.

Die Mietervereinigung: „Vor etwa eineinhalb Jahren hatte die SAGA eine Mieterhöhung von 1,25 DM veranschlagt. Wir wollen nicht mehr bezahlen." Ohnehin hält sie die letzten drei Mieterhöhungen für „nicht gesetzlich, da die Wirtschaftlichkeitsberechnungen fehlen".

Ein weiterer Punkt, an dem sich die Mieter stören, ist der Kinderspielplatz, „der in einem erbarmungswürdigen Zustand" ist. Abgesehen von den Schäden, die durch Handwerker bei den „Modernisierungsarbeiten" verursacht wurden oder Mängel an den Arbeiten, die nach eineinhalb Jahren noch nicht abgenommen wurden, sind die Mieter auch darüber verärgert, daß die SAGA auf keinen der drei Briefe reagierte.

● **Da sich die SAGA nicht meldete, wollen jetzt die Mieter die SAGA auffordern, ein Gespräch mit ihren Vertretern zu führen, in dem klargelegt werden soll, daß man keineswegs mit der Mieterhöhung in diesem Rahmen einverstanden ist.**

● **Falls keine Einigung erzielt wird, sind die Mieter entschlossen, einen Teil der Miete (den ihrer Meinung nach ungerechtfertigten Aufschlag) zurückzuhalten. Karl Dittmann, einer der Vertreter der Mieter, tut dies bereits seit vier Monaten.**

Ein weiterer Punkt der Kritik ist die Heizkostenpauschale, die von der Wohnungsbaugesellschaft ursprünglich viel zu niedrig angesetzt war. Jetzt muß eine Nachzahlung von 250 bis 360 DM geleistet werden, „und dabei ist nicht einmal der gesamte Abrechnungszeitraum gedeckt", monieren die Mieter. Die entsprechenden Rechnungen wurden, und dies wertete man als besonders geschickt, rechtzeitig zu Weihnachten ausgestellt.

Obwohl die SAGA bisher keinerlei Reaktion zeigte, fanden die Mieter am Tage ihrer Versammlung in ihren Briefkästen ein Rundschreiben, das wie folgt endete: „Eines aber sollten Sie wissen: wir sind für Sie da. Wir arbeiten zu Ihrem Wohl. Denn unser Auftrag lautet: Wohnungen für alle zu bauen. Und wir werden [illegible]e bauen, bis alle Bürger in unsere[illegible]de eine gute, erschwingliche Wohnung haben." Reaktion der Gemeinschaft: „Die wollen uns doch nur einschläfern."

Zum Anderen übernahmen wir einen Teil der technischen und organisatorischen Aufgaben (Flugblätter herstellen, Mieterversammlungen vorbereiten, Leserbriefe schreiben, Zeitungsausschnitte sammeln und Juristen heranziehen.)

Diese Aktivitäten wurden immer im Mieterrat dikutiert, sodaß wir sozusagen ein Instrument der Mieterbewegung waren.

Andererseits hatte dies zur Folge, daß die Mieter sich z.T. auf unsere Arbeit verließen und selbst zuwenig mitmachten.
Jedoch lernten die aktiven Mieter Kontakt zu halten, Informationen weiterzutragen, Flugblätter zu verteilen, Plakate zu kleben, auf Versammlungen ernergisch und eindeutig aufzutreten und z.B. die Wahlveranstaltung von Bausenator Cäsar Meister umzufunktionieren.

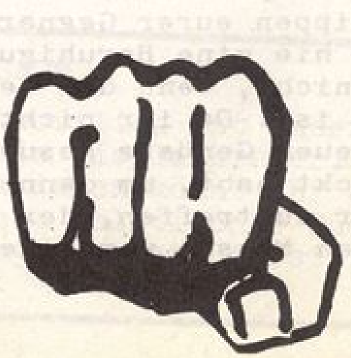
Wir konnten selbst oft viel lernen, wenn die Leute klar und einfach ihre Lebenssituation, die gesellschaftlichen Zusammenhänge (z.B. die Rolle der SPD im Hamb. Senat, in den Sozialen Wohnungsbau-Gesellschaften und in der Gewerkschaft) und die möglichen Alternativen darstellten.

Im wesentlichen ging es nie darum, irgendwelches"Bewußtsein in die Leute hineinzutragen", sondern darum, zusammen konkrete Vorschläge für den gemeinsamen Kampf zu entwickeln.- Und dann im entscheidenden Augenblick auch mit zu kämpfen ! hier lag die Grenze unseres Eingreifens, weil wir ja nicht unmittelbar betroffen waren, nicht dort wohnten und sozusagen nur verbal beim Mietstreik mitmachen konnten.
Dazu kamen bei uns oft mangelnde Kontinuität und Zähigkeit, eine Art negativer Spontaneismus ("die Mieter machen ja auch nichts") und persönliche Differenzen zwischen einzelnen Gruppenmitgliedern.
Und weil die Kontakte zu den Mietern und den jeweiligen Straßen v.a. über Einzelne,-längst nicht alle-vermittelt waren, spürten wir schnell die Folgen einer solchen Arbeitsteilung, wenn mal einer "ausfiel".

Nachdem die SAGA ihre neuen Mieten festgesetzt hatte, hatten wir von Woche zu Woche mehr das Gefühl, daß "alles an uns hängt", je weniger sich ein einheitlicher Widerstand entwickelte.
Auch das Schaffen zusätzlicher inhaltlicher und organisatorischer Bezugspunkte (Kinderspielplatz, Betriebsfragen,Mieterkeller, gemeinsame Einkäufe) schlug fehl. Im ganzen gesehen blib es bei der Beschränkung auf die Mietfrage.
Wir suchten nach guten Ideen für nächste Schritte und neuen Ansatzmöglichkeiten,kamen dabei aber auf wenig Zündendes.Auch die Dokumentation stellte kein zündendes Element mehr dar.

Bei dieser zunehmenden Ratlosigkeit verkamen wir zusehends schneller in einer bedrückenden Untätigkeit.
Auch persönliche Kontakte verfielen, Versammlungen wurden nicht mehr initiiert, die einzelnen Straßen entwickelten sich weiter auseinander, Flugblätter wurden nicht mehr gemacht; wir verhieltenuns letztlich genau so abwartend, passiv und resigniert wie die Mieter. Deswegen können wir auch kaum mehr was über den <u>aktuellen</u> Stand in Harburg berichten.

<u>4. Nachwort</u>: Der Ausgang ist also bestenfalls ungewiß. Daß die Bewegung nicht völlig tot ist, erfahren wir aus gelegentlichen Berichten in der Harburger Zeitung. So erkämpften die Mieter am Mopsberg die Rückzahlung eines Teils der Heizungspauschale (für 160 Mieter fast 15000 DM) und die Mieter der Denickestraße setzten sich für den Ausbau eines Kinderspielplatzes ein. Die Mieter und wir haben etwas gelernt in diesem halben Jahr: wir haben die Wichtigkeit bestimmter technischer und organisatorischer Mittel eingesehen (eigene Druckmöglichkeiten; regelmäßige Versammlungen und kontinuierliche Mieterratssitzungen), vor allem aber durchbrachen die Mieter (und wir) in der Auseinandersetzung um ihre eigenen Interessen zum ersten Mal ihre Isolation und kamen zu solidarischem Verhalten (gemeinsame Feiern, gegenseitige Hilfe bei Reparaturen, u.a.)



SSG-VERANSTALTUNG ZU PETER SCHNEIDERS "LENZ"

Die SSG organisierte am 12.Juli eine Diskussionsveranstaltung über Peter Schneiders " Lenz ", denn - so erklärte ein SSGler - viele Studenten seien sehr " wütend" auf die Organisationen, - die hätten soviel von der Spontaneität von früher kaputt gemacht - außerdem seien da so viele offene Fragen in bezug auf den"subjektiven Faktor". Die SSG machte den Versuch, diese offenen Fragen auf ihre Art zu beantworten .

Zunächst wurde erklärt, daß die Probleme des "Lenz" eigentlich der Vergangenheit angehören, damals vor der Geburt der ML-Organisationen, als die Studenten in der einen Hand die Theorie, in der anderen die realen Verhältnisse hatten und nicht wußten: wie beides zusammenbringen? Aber die Zeiten sind ja glücklicherweise vorbei!

Für die SSG heißt das: Peter Schneiders "Lenz" ist ein kleinbürgerlicher Subjektivist, der das gar nicht bemerkt hat und immer noch darauf beharrt, daß zwischen den menschlichen Wünschen und dem Kampf für den Sozialismus ein Zusammenhang bestehen muß. Für die SSG widerlegt allein ihre eigene Existenz den zentralen Vorwurf des "Lenz" gegenüber der studentischen Linken:

"Ihr könnt nur allgemein, in Begriffen sagen, was ihr haßt oder liebt, ihr habt Angst davor, daß euch irgendetwas gefällt, weil ihr Angst habt, daß ihr dann nicht mehr kämpfen könnt. Ihr könnt dann nicht mehr kämpfen. Da ihr die Ziele eures Kampfes immer nur von den Lippen eurer Gegner ablest, tritt nie eine Beruhigung ein, auch nicht, wenn der Gegner besiegt ist. Da ihr nicht zuerst die neuen Genüsse gesucht und entdeckt habt, um dann auf den Gegner zu treffen, der sie uns und den Massen verweigert, erreicht ihr höchstens den Genuss, der aus der Niederlage des Gegners entsteht. Ihr wißt nicht, im Namen von was ihr kämpft, oder ihr wißt es, aber ihr habt es nicht drin. Weil ihr nicht für euer eigenes Glück kämpft, verteidigt ihr auch nicht das Glück anderer Leute. Ihr seid nicht angreifbar - weil ihr nichts zu verteidigen habt - sondern nur Angreifer. Man kann euch totschlagen, aber ihr seid nicht verwundbar."

(s.50)

Als anwesende Kommilitonen darauf hinwiesen, daß der "Lenz" sicherlich bewußt erst im Frühjahr dieses Jahres erschienen sei und ihrer Meinung nach genau an den heutigen Problemen anknüpfe, versuchte die SSG es andersrum: Mit dem "Lenz" könne man sich richtig identifizieren, aber das Ganze wäre ja so schrecklich resignativ, "eine einzige Heulsuse über die Trennung von Intellektuellen und Volk", außerdem könne man doch seine persönlichen Probleme in der Organisation bequatschen.

MANIFEST
POLITISCHER BUCHLADEN
2 Hamburg 13
Schlüterstr. 79
Tel. 44 40 03

Sortiment
Zur materialistischen Geschichtsauffassung
Kapital und Staat Marxismus und Ästhetik
Archive und Klassikergesamtausgaben
Geschichte der Klassenkämpfe
Der gegenwärtige Imperialismus und der internationale Klassenkampf
Die gesellschaftliche Entwicklung der BRD
Internationale Agitations- und Propagandapublikationen und theoretische Organe
Pädagogik Psychologie Psychoanalyse
Philosophie Soziologie
Kinder- und Jugendbücher

NEU Internationale fremdsprachige Literatur

Die SSG macht es sich sehr einfach: Die persönlichen Schwierigkeiten haben ihre Ursache im Kapitalismus, in den objektiven gesellschaftlichen Verhältnissen, also muß ich rangehen und die Verhältnisse verändern (na klar!) und dann lösen sich die Probleme schon. Die Verhältnisse verändern, das sieht allerdings bei den meisten SSGlern so aus, daß sich KVZ-Verkauf, Flugblatt-Verteilen, Schulung ... ablösen.
Das scheint allerdings keine Lösung der Probleme zu sein, sondern eine Flucht in 1000 Termine, die keine Zeit mehr lassen, diese Probleme und die eigene Praxis zu reflektieren.
Eine Kommilitonin erklärte dazu ganz richtig, daß sie auf eine Organisation pfeifen könne, die ihr im Hinblick auf das von ihr angestrebte emanzipatorische Ziel nichts bieten könne, wo die Mitarbeit eine einzige Schinderei sei, damit vielleicht die Urenkel einmal die Früchte ernten können.
Die Veranstaltung hat gezeigt, daß es notwendig ist, in der Studentenschaft folgende Fragen zu diskutieren: Was sind unsere Bedürfnisse als Studenten an der Uni? Kann unsere politische Perspektive als Studenten nur darin bestehen, "dem Volke zu dienen" oder leisten nicht vielmehr die Studenten mit dem Kampf für ihre eigenen Bedürfnisse einen notwendigen Beitrag zur Emanzipation des "Volkes"? Wäre das so, in welcher Form können wir heute für die Verwirklichung dieser Bedürfnisse kämpfen?
Ein Literaturtip dazu: Edoarda Masi: Über einige der zahlreichen Probleme die keinen Aufschub dulden, in: dieselbe, Kritik und Selbstkritik der neuen Linken, Internationale Marxistische Diskussion 34, Merve Verlag, Berlin.

Eine kleinbürgerliche
Germanistikstudentin

REFERATE, REFERATE, REFERATE...

Kommilitonen,
die lustlose Referateschreiberei wird immer mehr werden.

Also - daß man nicht für sich oder ihr Kommilitonen oder für Genossen was Geistiges produziert, sondern allein für den Schreibtisch irgendeines einzelnen Professors oder Dozenten. Entweder man versieht das dann mit dem Fetisch der Wissenschaftlichkeit - oder man überlegt sich, wie man dieser entfremdeten Arbeit entgeht und <u>gleichzeitig</u> eine selbstbestimmte Arbeit aufbaut - Politik machen, Kinder machen und kriegen, Anti - Papiere schreiben, Wohngemeinschaften aufbauen, in Fabriken, in Stadtteile gehen, Phantasie produzieren, Filme machen u.a.m.

<u>Ein</u> (wichtiger) Schritt ist, die Scheinfrage zu lösen, d.h. das Berechtigungssystem, was durch die Scheine geregelt wird, zu unterlaufen.

Dazu bauen wir eine Referatkartei auf. Jeder von euch hat doch bestimmt schon einen Haufen Referate gesammelt. - Na also! - Die kommen auf DIN A 6 Karteikarten mit Datum, Länge, Doz.name, Titelund Einsehort.
- Fertig -

Wir besprechen das - auch die politische Bedeutung (siehe Politikon Nr.46 und Erz.und Klassenkampf Nr.14)

Nächster Termin : 9.Oktober (Mittwoch)
um 16 Uhr
im Abatinn

IMPRESSUM
Verantwortlich ist unsere liebe Genossin Gisela Kramer.
Kontaktieren könnt ihr uns über:
Manifest Politischer Buchladen,
Hamburg 13, Schlüterstr.79
(Tel.: 44 40 03)

KRITIK AM FOLTERKOMITEE 1. TEIL

Vorbemerkung des INFO-Kollektivs

Nachdem wir einem Genossen des Folterkomitees von unserer Absicht, die folgende Kritik zu veröffentlichen, erzählt hatten, kam es zu heftigen Diskussionen zwischen uns und einigen Genossen des Folterkomitees. Sie sagten: Mit der Veröffentlichung dieses Papiers schadet ihr dem Kampf gegen Isolationsfolter. Die Genossen waren jedoch nicht bereit, sich uns gegenüber zu der im Papier enthaltenen Kritik zu äußern. Einer von ihnen bezeichnete das Papier als"Dreck", während ein anderer sagte, daß einige der Kritikpunkte richtig wären. Daß wir nicht die Absicht haben, dem Kampf gegen die in den deutschen Knästen praktizierte Isolationsfolter zu schaden, sondern daß wir diesen Kampf für wichtig halten und ihn unterstützen, ist - so meinen wir - schon aus den beiden ersten INFO-Nummern deutlich geworden (Gross-Aktion, Knastothek Hausbesetzer-Beitrag).
Die Genossen machen es sich etwas einfach: Ist nicht die Tatsache, daß sie selbst, und damit auch der Kampf gegen Isolationsfolter in Hamburg völlig isoliert sind, auch ein Ausdruck jener politischen Verhaltensweisen, die in der folgenden Kritik benannt werden? Wir meinen: Nicht die Veröffentlichung der Kritik schadet dem Kampf gegen die Isolationsfolter, sondern die in der Kritik benannten Verhaltensweisen, die das angestrebte emanzipatorische Ziel von vornherein negieren.
Wir fordern das Folter-Komitee auf, sich in einer der nächsten Nummern zum Papier des Genossen B. zu äußern.

Begründung meines Austritts aus dem Komitee gegen Folter an politischen Gefangenen in der BRD
- Gruppe Hamburg -

Zu meinem grundsätzlichen Selbstverständnis politischen Arbeitens:

1. Oberste - dialektisch bestimmte - Leitlinie meines politischen Selbstverständnisses ist, daß ich dazu beitragen möchte, daß das bestehende kapitalistische Gesellschaftssystem (als Teil des Imperialismus) abgeschafft und in eine sozialistische Gesellschaftsordnung geändert und entwickelt werden soll. D.h. inhaltlich: Die Verfügungsgewalt an Produktionsmitteln muß geändert werden,d.h. der Grundwiderspruch von Lohnarbeit und Kapital muß letztlich aufgehoben werden. Der Konkurrenz -a.) im liberalistisch und kapitalistisch-ökonomisch verstandenen Sinne, d.h. dem Kampf zwischen den Klassen; b) dem Kampf in der Klasse der abhängig Beschäftigten, der Unterpriviligierten, der gesellschaften Randgruppen pp.- muß ein dynamisches (kein statisches, qua Doktrin festgeschriebenes) System solidarischer zwischenmenschlicher Beziehungen sowohl in der sogenannten privatgesellschaftlichen Sphäre als auch in der Ökonomie als auch im so. Staat (tertiärer Sektor, Regierung, Verwaltung etc.zum Aufbau einer funktionsfähigen humanen Infrastruktur einer sozialistischen Gesellschaft) entgegengesetzt werden. Die Selbstverwirklichung kollektiver Bedürfnisse des Menschen, gesamtgesellschaftlich-verantwortliche Spontaneität und Kreativität, müssen alleinige Maxime menschlichen Handelns sein, weil gesamtgesellschaftlich-unreflektiertes, individualistisches Handeln und (Aus) Leben in materiell-unsolidarischen Egoismus degeneriert. Lust am Leben, Lust an der Arbeit etc. ist keine positive Wertgröße ansich. Der Indikator dafür kann nur sein, ob individuelle Lustbefriedigung (Selbstverwirklichung) gesamtgesellschaftlich nützlich ist.

2. Aus diesen o.g. obersten Leitlinien ist für das praktische politische Handeln im täglichen Alltag - m.E. allgemein (verbindlich) - zumindest aber für mich abzuleiten, daß (m)ein praktisches Handeln (m)ein o.g. grundsätzliches politisches Selbstverständnis - dialektisch verstanden - reflektieren muß. Widersprüche in Theorie und Wirklichkeit müssen bzw. sollten permanent aufgelöst werden. Eigenes praktisches Handeln muß sowohl individuell als auch kollektiv permanent in Frage gestellt werden.

3.) Sowohl nach meiner praktischen Erfahrung (rund ein Jahr) als auch nach dem Maß meiner eigenen Mitbestimmung der Hamburger Komiteearbeit (insgesamt gesehen), würde ich sagen, daß sowohl die o.g. (unter Zif.1) obersten Leitlinien meines politischen Selbstverständnisses als auch die daraus deduktiv hergeleiteten (Arbeits) schritte politisch praktischen Handelns sowohl ein (etwa vorhandenes) grundsätzliches politisches Selbstverständnis als auch die praktische Komitee-Politik wenn überhaupt, so doch nur ganz begrenzt tangiert. Die Ursache dafür würde ich einerseits darin sehen, daß es für das Hamburger wie für die Komitees in der BRD qua Selbstbestimmung kein auch nur annähernd vereinheitlichtes politisches Grundselbstverständnis und keine auch nur einigermaßen vereinheitlichten Grundverhaltensmuster gibt.

A. <u>Politisches Grundselbstverständnis</u>

Die politische "Linie" (unter politischer Linie verstehe ich: grundsätzliches politisches Selbstverständnis die gemeinsam zu verfolgende Politik betreffend), von der gesprochen und ab und an geschrieben wurde, existiert nicht im Ansatz, schon gar nicht durchgängig in den Komitees. Was existiert und was sich auf dieser nebulösen Ebene trifft, ist die konkrete Tagesaufgabe "Kampf gegen Folter an politischen Gefangenen in der BRD". Eine substanzierte Analyse des Imperialismus und Kapitalismus, seiner ihm inhärenten Herrschaftsgesetzmäßigkeiten und seiner ihm immanenten Widersprüche findet im Hamburger Komitee nicht statt. Das gleiche gilt übrigens für eine Analyse der in den letzten Jahren stattgefundenen und stattfindenden Klassenkämpfe in der BRD, ihre Beeinflußung der Herrschaftsgewalt, ihre Veränderung der Herrschaftsmechanismen und Instrumentarien zur Herrschaftsabsicherung. Im Hamburger Komitee meint man überwiegend, solche Analysen, die an und für sich zwingend eine permanente Notwendigkeit im Hinblick auf die taktisch und strategisch richtige Bestimmung der eigenen laufenden Politik und politischen Aktionen und aufgrund des in sich widersprüchlichen dynamischen Charakters des Imperialismus und des Kapitalismus und seiner Herrschaft sein müßten - nicht leisten zu brauchen, da ja z.B. Glucksmann, Brückner, Foucault u.a. schon viele klug e Bücher darüber geschrieben hätten, die man nur nachzulesen brauche. Ableitend <u>so</u> praktisch politisches Handeln verstanden, ist die imaginäre "linie" einer Politik, auf der man sich in den Komitees trifft oder wo man sie schneidet, faktisch nichts anderes als das im Kopfe haben verschiedener - bisher weitgehend undefinierbarer oder nur anhand bestimmter Phänomene festgemachter - Vorstellungen von Imperialismus, von Kapitalismus, von sog. "Neuem Faschismus". Da Analysen dieser Kategorien im Hinblick auf eine mögliche Vereinheitlichung der Einschätzungen des Seins nicht geleistet, ja, sogar verdrängt werden, bestimmt nur noch weitgehend das individuell bleibende Bewußtsein die praktische Politik des oder der Komitees. S. sieht das ganz klar, wenn er dazu in Frankfurt sagte, natürlich sei unsere Komitee-Arbeit und -politik da weitgehend Voluntarismus. Oder anders ausgedrückt: Um das eigene Selbstbewußtsein zu stärken, verklären wir Mitglieder des Komitees gegen Folter uns und unser Wollen auf idealistische Weise: Im romantischen Sinn streben wir nach dem Ganzen und lösen uns damit von den Anforderungen der gesellschaftlichen Realität.

Schon Karl Marx setzt sich mit solchen Erscheinungen auseinander wie dem "kritisch-utopischen" Sozialismus im Kommunistischen Manifest.
Permanent kritisch reflektiert wird aber auch nicht die Bewußtseinslage des Volkes bzw. die objektiven Bedürfnisse der Menschen in allen gesellschaftlichen Bereichen im Alltag. Dahinter steckt zweifelsfrei - wenn im eigentlichen Komitee auch unausgesprochen, sowas hörte man dann nur von Einzelnen - die Theorie von den verschiedenen Randgruppen, nach der Intellektuelle, Studenten und allgemein Unterprivilegierte <u>die</u> revolutionäre Kraft seien. Dazu gesellt sich ein ungeschichtliches, unmaterialistisches lineares Denken. Prägendes Element solcher Unterlassungen wie der o.g. ist das Denken in bürgerlich-kleinbürgerlichen Kategorien: Entweder wird die Organisation der Unterdrückten zur gezielten Wahrnehmung ihrer Interessen abqualifiziert und durch den einzelgängerischen Helden ersetzt oder die Organisation wird um ihrer selbst willen gepriesen; ohne jede Basis in der Bevölkerung und objektiv dadurch nur als Sekte definierbar. Ausgehend von der in der praktischen Arbeit - m.W. zumindest des Hamburger Komitees - noch immer durchgängigen (wenn auch nicht mehr ausdrücklich ausgesprochenen) These, daß es beim Kampf gegen die Isolationsfolter um die "Spaltung der Bourgeoisie", die Abspaltung von Liberalen etc. ankomme, gehen die Komitees vor: Sie versuchen z.B. P.E.N.-Mitglieder abzuspalten, Ärzte abzuspalten, Presseleute abzuspalten, Jusos, Judos, Falken, Pfarrer, Anwälte, ESGs usw. abzuspalten von ihrer Funktion des "liberalen Feigenblattes der Demokratie" (des "Rechtsstaates").
<u>Wenn</u> solche Leute (Privilegierte Personen, Berufsgruppen und Persönlichkeiten mit gewißen Freiräumen) und organisationen nicht nur für die unmittelbaren politischen Komiteeziele funktionalisiert werden sollen - dieser Verdacht drängte sich mir in den vergangenen Monaten nach wie vor auf

Reihe ROMANE REPORTAGEN Autobiographien
Trikont
8 München 80
Josephsburgstr. 16

Frauen-OFFENSIVE
Frauen aus verschiedenen Frauengruppen geben eine eigene Reihe heraus: FRAUENOFFENSIVE – Buchreihe – Journal – Schallplatten. Informationen über die Frauenbewegung aus dem In- u. Ausland, feministische Analysen und subjektive Erfahrungsberichte sollen zur Diskussion gestellt und die praktischen Bewegungen unterstützt werden.

Wohnungskampf in Frankfurt
Herausgeg. vom HÄUSERRAT Frankft.
Zehntausende leerstehender Wohnungen – die Zerstörung alter Wohnviertel – Mieten, die niemand mehr bezahlen kann – dagegen richtet sich der immer massenhafter werdende Widerstand. Frankfurt war das Zentrum dieser Bewegung. Der Zusammenhang von kapitalistischer Stadtentwicklung und der Widerstand dagegen wird hier dokumentiert und analysiert vom HÄUSERRAT
ca. 180 S.
ca. DM 9.00

(siehe z.B. politische Aussagen in Papier: "Kritik an der Arbeit des Hamburger Komitees": "...geht es darum, diese Liberalen in ihrer Funktion als Ideologieträger zu benutzen", oder in einem anderen Papier: "Öffentlichkeitsarbeit mit Liberalen, weil nur diese sich instrumentalisieren lassen...") -, sondern wenn ein solches taktisches Vorgehen gegenüber bestimmten Zielgruppen als Teil eines Volkes nur eine Taktik - aber eben nur eine Taktik unter anderen - ist, halte ich sie für so gerade noch legitim, weil taktisches Verhalten stets primär opportunistisch, nicht politisch-solidarisch bestimmt ist. Da von vielen Hamburger Komiteemitgliedern aber das Volk (z.B. die abhängig Beschäftigten) als eine andere (numerisch größere) Zielgruppe für unsere aktuelle , praktische und konkrete Komiteepolitik (Agitation, Information pp.) als "Massenlinie " denunziert wird, ohne für die eigene aktuelle, praktische und konkrete Komiteepolitik das sich laufend verändernde Bewußtsein des Volkes (s. schwindende Massenloyalität, Widerstand im Mieten-, Wohnen-, Boden - rechtsbereich, Streiks im tertiären Sektor, politische Bürgerinitiativen, §218, politische Frauengruppen, Konflikte in den Institutionen, usw. usf.), und ohne für eine längerfristigzu entwickelnde - die Herrschafts- und Machtverhältnisse dieses Staats in Frage stellende - Politik dieses sich verändernde Volksbewußtsein zu analysieren, mit einzubeziehen und emanzipatorisch mitzubestimmen, ist und bleibt die "tagespolitische" Aufgabe des Hamburger oder der Komitees in der BRD verkürzt und wird notwendigerweise über kurz oder lang in Sektierertum degenerieren.

Denn diese tagespolitische Aufgabe der Komitees, der Kampf gegen die Isolationsfolter an den politischen Gefangenen in der BRD, konnte sowohl jenen, die man seitens des Hamburger Komitees bisher objektiv funktionalisierte oder die man meint, hofft oder vorgibt, wirklich politisch sensibilisiert und in den Kampfgegen den weltweiten Imperialismus, gegen die Isolationsfolter politisch integriert zu haben, als auch jene, die man sporadisch - auf teach-ins u.ä. - ansprach, informierte und agitierte, nicht oder nur oberflächlich vermittelt werden. Es war eines jener, für eine Reihe Hamburger Genossen typischen, laufend wiederkehrenden Beispiele für Voluntarismus, wenn, wie in dem einen Papier von Genossen der ehemaligen Gruppe II , gesagt wird: "selber sozialistische Politik machen damit sich auch die Liberalen entscheiden können" (So einfach ist das scheinbar mit der Vermittlung), oder wenn stereotyp behauptet wurde, die Repression an der Uni, in der Schule, in der Familie, in der Bundeswehr, am Arbeitsplatz etc., unmenschliche Arbeitsbedingungen in der Fabrik, inhumaner Leistungsdruck in der Schule, Uni und Betrieb, die krankmachende Vereinzelung des Menschen in den Betonghettos der neuen Wohnsiedlungen, kurz: die gesamte kapitalistische Scheiße der BRD, die der Bürger täglich sinnlich erfahre, würde sich am leichtesten und am ehesten über die Isolationsfolter an den politischen Gefangenen in der BRD vermitteln. Welche Meßbaren Indizien gab es denn für diesen, angeblich vonstatten gehenden Vermittlungsprozeß? Haben wir, von einzelnen persönlichen sporadischen Statements einmal abgesehen, denn in den vergangenen Wochen und Monaten erlebt, daß z.B. kontinuierlich mehr und mehr Menschen zu uns(ins Komitee) kamen die sichinteressierten für unsere Arbeit, um dann, durch uns sensibilisert und motiviert, in den Komitees oder in anderen politischen Organisationen mehr und mehr kontinuierlich gegen die Isolationsfolter zu arbeiten? Mitnichten! Im Gegenteil - wir sind in Hamburg von Monat zu Monat kleiner geworden, zusammengeschrumpft auf ein jämmerliches Häuflein. Die Ignoranz gegenüber der sinnlich erfahrenen, beschissenen täglichen Problematikdes Einzelnen durch verschiedene Komiteemitglieder ging soweit, daß man die Problematik des Einzelnen, soweit sie sich artikulierte in Veranstaltungen, abqualifizierte als Sozialscheiße, perverse Nöte des Volkes u.ä. Wenn dieser oder jener Bürger nicht immer sofort begriff, daß auch sein objektives Problem das der Isolationsfolter an politischen Gefangenen zu sein hat, war er ein Arsch, ein Typ, der nichts begriff oder der nichts tun wollte und den nur familiäre Existenzsicherung, Wohnungs-, Arbeitsplatzproblem u.ä. plagten. In grenzenloser Verkennung der Ergebnisse jahrzehntelanger Geschichtsmanipulation und Geschichtsklitterung in den Köpfen unendlich vieler Menschen, von der Entpolitisierung und vom Aufbau falscher Feinde und falscher Fronten im Volk seitens der Herrschenden und ihrer Medien als Transmissionsriemen kapitalistischer Ideolo-

gie, meinten eine Reihe Hamburger Genossen, den "neuen Faschismus" begrifflich und erfahrbar zu machen, indem sie einerseits verbal auf die Zerschlagung der Stadtguerilla in der BRD abstellter andererseits"nachwiesen", daß es die Guerilla in der BRD nach wie vor ungebrochen gäbe (z.B. Bombenanschläge nach dem 2./3. Febr. 74 auf den BDI Köln und die Hamburger Behörde für Inneres). Wenn man den Bürger mit jener o.g. zusammenhängenden Realität konfrontiere, d.h. "nicht abstrakt vom "neuen Faschismus" fasele", dann würden wir, die Mitglieder der Komitees, den "neuen Faschismus" kapieren und dann würden die Menschen, das Volk, das auch kapieren. Voila - kann man da nur sagen - honi soit, qui mal y pense... Vergessen hat man dabei scheinbar auch, daß bis zum heutigen Tage noch nicht einmal das seiner Zeit - nach der Spaltung des Hamburger Komitees vorgelegte Papier, welches sich dezidiert mit der Theorie des "neuen Faschismus auseinandersetzt, nicht einmal andiskutiert worden ist. Alles Makulatur, alles vorn Arsch - als wenn es die Spaltung in Hamburg, die doch mitbegründet war aufgrund des Dissens in die Theorie des "neuen Faschismus", nie gegeben hätte.

Oder wo ist es uns denn gelungen, in andere Organisationen hinein, die wir jeweils mehr oder weniger kontinuierlich informiert haben, wie z.B.: ... (Es folgt eine Liste von Gruppen, die von verschiedenen SPD-Jugendorganisationen über kirchliche Institutionen bis zu den Gruppen der Hamburger Linken reicht.)... Problembewußtsein bezüglich der Isolationsfolter an den politischen Gefangenen in der BRD zu tragen, welches sich in mehr erschöpfte als etwa in die einmalige Teilnahme an einer gemeinsamen Veranstaltung oder in der Unterzeichnung irgendeiner Resolution gegen die Folter? Bis auf ESG Hamburg, Kirchengemeinde Schalom/Norderstedt und Juso-Landesvorstand Hamburg, die zumindes t im Ansatz versucht haben, die Problematik der Isolationsfolter zu ihrem politischen Problem zu machen und daraus politische Konsequenzen zu ziehen, haben doch die anderen o.g.Organisationen von sich aus nicht vermocht, noch haben wir es, was natürlich viel wichtiger ist, als Komitee mit ihnen zusammen vermocht (z.t. über den erste n Anlauf hinaus es gar nicht weiter versucht; vor allem aber: es seitens einiger Komiteemitglieder auch bewußt gar nicht gewollt).Und wir haben nicht den Versuch unternommen - wiederum aufgrund der Ablehnung durch einen Teil des Komitees - über die jeweils unterschiedliche Hauptthematik der o.g Gruppen, für die sie logischerweise nun mal mehr in ihrer politisch programmatischen Arbeit ausgerichtet und ergo sensibilisiert sind als wir, unsere Komitee-Problematik zu vermitteln. Stellten die o.g. Organisationen auf unser Ansinnen, auf unsere Forderungen hin nicht immer sofort und unverzüglich unsere Arbeitsthematik, die Isolationsfolter, in den zentralen Mittelpunkt ihrer eigenen politischen Arbeit, wurden ihre Mitglieder als Schweine, als Ärsche, als Typen, die nichts begriffen oder nichts begreifen wollten, als senile Opis und Omis, als Scheißer und anderes mehr diffamiert. In der Regel war man sich allerdings zu fein dafür, jemandem so was frei ins Gesicht zu sagen, das lief dann - bildlich gesprochen - hinter vorgehaltener Hand ab. Die Arroganz, der elitäre Dünkel seitens einer Reihe von Komiteemitgliedern, gegenüber Dritten ebenso grandios,war für die Restgruppe selbst frustrierend und abstoßend. Der Widerstand gegen solche Verhaltensweisen glich einem Kampf gegen Windmühlenflügel.

Welche Folgerungen für die praktisch - politische Arbeit des Komitees, des Kampfes, nicht nur de r Rederei gegen Isolationsfolter sind z.B. aus dem (Selbst)Kritikpapier der ehemaligen

Informations-Dienst
zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten
ERSCHEINT WöCHENTLICH
D-6 Frankfurt
Homburgerstr 36
tel. 0611/774696
Bürozeiten:
Mo, Mi, Fr 11-15 Uhr
MONATSABO 3.-

Gruppe 2 gezogen worden? Welche Folgerungen war man überhaupt bereit zu ziehen? Da heißt es z.B.: "Der Unterschied zwischen uns und den Liberalen darf nicht nur in Worten bestehen, etwa darin, daß wir "Imperialismus", "Antiguerilla" sagen, sondern im Handeln. Weil das Bewußt sein der Massen sich nicht allein durch Worte, sondern durch Handeln ändert. Unsere Aufgabe - und darin besteht unsere Schwierigkeit - liegt also darin, Aktionsformen zu entwickeln, also Formen, in denen wir handeln, und die einen Angriff auf die Justiz etc. darstellen (und insofern den Galuben der meisten widerlegen, wir seien völlig machtlos, der Staat allmächtig). Aktionsformen aus der bisherigen Praxis der Komitees, die über die Liberalenagitation hinausgingen, sind z.B. go-ins, Sitz- und Hungerstreiks, Knastagitation (d.h. Agitation per Megaphon von Gefangenen in solchen Knästen, in denen politische Gefangene sind.) Weiter ist es notwendig, uns nicht nur über die Presse an die liberale Öffentlichkeit zu wenden, sondern direkt an die Massen, also z.B. Flugblätter auch in der Stadt zu verteien, dort auch Info-Stände zu machen."

Was aus dieser weitgehend in Hamburg (zumindest verbal) vereinheitlichten Kritik dennoch nicht gefolgert worden ist seitens einer Reihe von Komiteemitgliedern, war z.B.

a) in Eppendorf in Sachen SFB115 ein go-in zu machen. Ja, es wurde sich geweigert, überhaupt die Möglichkeit, politische Zweckmäßigkeit und Zielsetzung einer solchen Aktion zu diskutieren. "Solche Militanz" wurde abgelehnt, wie ja überhaupt SFB115 fast gänzlich aus dem Blickfeld des Komitees gerückt ist, obwohl die "Bombe SFB 115" (Zitat von S.) nach wie vor scharf ist, obwohl Gross, Kempe, Wallis & Co nach wie vor weiterforschen, die camera silens nach wie vor existiert, das Projekt nicht zerschlagen ist.

Das gleiche galt und gilt ja auch für die Vorbereitung des für '74 geplanten internationalen antiimperialistischen Kongreßes. Was hat Hamburg dafür bisher politisch-inhaltlich getan?

b) Nur ganz zögernd wollten einige Genossen des Hamburger Komitees begreifen, daß auch das sich direkte Wenden an die Massen - z.B. durch Flugblattverteilung, durch Info-Stände, durch Megaphoneinsatz in Hamburg an stark frequentierten Plätzen - von der notwendigen politischen Information her und vom Versuch her, mit dem Abbau von Vorurteilen bei der Bevölkerung zu beginnen, politisch richtig ist. Gegen diese Methoden der Information einer breiteren Bevölkerung wurde sich ziemlich durchgängig im Hamburger Komite e gewehrt; die Durchführung solcher Aktionen, die eben nicht nur verbal zu beschließen sind, wurde in der praktischen Durchführung auf die verschiedensten Arten (Nichterscheinen, Fehlen von Material etc.) sabotiert.

c) Mit einer schon nicht mehr zu überbietenden Dreistigkeit wurde seitens einer ganzen Reihe von Komiteemitgliedern stereotyp behauptet:

- die Genossen der Komitees seien politisch solidarisch mit den Genossen der RAF und des SPK,
- "wohl aber sind offene sozialistische Organisationen wie die Komitees Teil der Revolution",
- "im Gegensatz zu den Liberalen, die den Rechtsstaat wiederherstellen wollen, wollen wir (die Komitees/der Verf) den Imperialismus abschaffen..."
- "das müßten wir begreifen, daß es wirklich um Leben und Tod gehe... also müßten wir unsere Gedanken in unserem Handeln zum Ausdruck bringen..."
- "die politischen Gefangenen sind das politische Subjekt, deren Militanzbedingungen (durch die Komitees/der Verf) wiederhergestellt werden müssen".

Der Beitrag wird im nächsten INFO fortgesetzt

VERSCHIEDENES

Das INFO wird im nächsten Semester zusammen mit italienischen Genossen eine Veranstaltung über die Klassenkämpfe in Italien machen. Die Veranstaltung soll nicht das Ziel haben, sich an der Radikalität und Militanz der italienischen Klassenkämpfe aufzugeilen, sondern soll einer breiteren Basis ansatzweise die Bedeutung der italienischen Kämpfe und der Strategiediskussionen der italienischen Genossen vermitteln.
Wegen der Bedeutung der italienischen Erfahrungen wäre es wichtig, daß sich möglichst viele Genossen darauf vorbereiten.
Als wichtigste Einführungsliteratur schlagen wir vor:

- N. Balestrini: Wir wollen alles. Trikont-Verlag 9,80DM (läßt sich unheimlich gut lesen!)
- Fiat: Arbeiter produzieren die Krise/Gegenmacht als Kampfform. Trikont, 7,80 DM
- Brigate Rosse: Bewaffneter Kampf für den Kommunismus. Manifest-Flugschrift Nr. 1 3,00 DM

Außerdem die "WIR WOLLEN ALLES" Nr.19 (erscheint demnächst), die sich schwerpunktmäßig mit Italien beschäftigt.

Vor zwei Wochen wurde Peter Fröhlich, einer der Hausbesetzer aus der Ekhofstraße nach ca.15 Monaten Knast endlich entlassen. Von den Genossen aus der Ekhofstraße sitzt jetzt noch Siggi Werber, der im Januar 74 zu 16 Monaten verurteilt worden ist.

Wir suchen 1 - 2 Zimmer in Wohngemeinschaft. (spätestens vom 1.10.74 an)
Tel.: 390 02 83 (Mark und Hille)

Im INFO kann jeder kostenlos Kleinanzeigen aller Art veröffentlichen. Schickt den Text ans Manifest oder gebt ihn dort ab.

Vor einigen Tagen waren 6 Zivilbullen im Manifest auf der Suche nach dem Raubdruck von "Lernziel Solidarität". Den haben sie zwar nicht gefunden, dafür aber 4 andere Bücher mitgenommen, die ihnen raubdruckverdächtig erschienen. Genossen, kauft eure Raubdrucke, ehe sie den Bullen in die Hände fallen!

GRÜNER JUNI

JETZT HAT ZIEGLER ES SCHWARZ AUF GRÜN: ER IST EIN FOLTERKNECHT!
Die revolutionären Dekorateure haben wieder zugeschlagen!
Ziegler, das Schwein, hat - wie bekannt ist - Margrit Schiller zu 2 Jahren und 9 Monaten verknackt. Außerdem ist er zuständig für alle Schweinereien und Terrorurteile gegen die Hausbesetzer der Ekhofstraße!
Von den Hausbesetzer sitzen seit 13 Monaten immer noch zwei (Siggi Werber und Peter Fröhlich) in Folterhaft.
Große Mengen Unkrautvernichtungsmittel haben seine bisher ungetrübte Reproduktionssphäre verändert. (vgl. auch INFO Nr. 2)
Dies kann und soll keine Ahndung seiner Schweinereien sein, sondern ein Denkzettel!
Der revolutionäre Kampf läßt sich nicht ersticken!
Vernichtungsversuche an Genossen produzieren neue Solidarität!
Wer Sturm sät, wird Heu ernten!
In diesem Sinne: Macht weiter, bildet das nächste Glied in der Kette!
PHANTASIE AN DIE MACHT!!!
Kommando grüner Juni